



Nein, danke!

www.gez-boycott.de

Nicht mit meinem Geld!

Ab 2013 erhält der öffentlich-rechtliche Rundfunk jährlich 9 Milliarden EUR aus der Haushaltsmedienpauschale – Jeder Haushalt zahlt, Kleinbetriebe müssen ein Vielfaches als heute bezahlen und auch Hör- und Sehbehinderte werden gezwungen, sich an dessen Finanzierung zu beteiligen.

Was im letzten Jahrhundert nach dem Krieg sicherlich klug und angebracht war, ist heute – im 21. Jahrhundert – ein Anachronismus. Wir haben dutzende privat finanzierter Fernseh- und Radiosender, eine der besten Druckmedienlandschaften der Welt und das unerschöpfliche Internet. Nie hatten wir einen größeren Zugang zur freien Information und Unterhaltung.

Brauchen wir unter diesen Umständen noch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der jetzigen Form mit seinen ca. 23 Fernseh- und 77 Radioprogrammen? Ist es gerechtfertigt, die Bevölkerung und die Wirtschaft mit jährlich so vielen Milliarden durch Zwangsgebühren zu belasten?

Nein! 9 Milliarden jährlich ab 2013 für die Finanzierung von Spitzengehältern und Auswüchsen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist zu viel!

Wir sind nicht mehr bereit, durch Zwangsgebühren Schlösser als Wohnsitz von Moderatoren zu finanzieren. Wir wehren uns, dass Moderatoren für 4 Sätze einmal in der Woche Bezüge über 400.000 € erhalten, während Taube und Blinde gezwungen werden, Rundfunkgebühren zu entrichten. Wir empfinden es als ungerecht, dass z. B. das Durchschnittsgehalt beim SWR bei 110.000 € pro Jahr liegt, während ein Malerbetrieb mit 4 Fahrzeugen und 16 Mitarbeitern künftig über 620% mehr bezahlen muss. Und ob die Unterhaltung einer Mitarbeiteryacht zu den Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört, möchten wir ebenfalls bezweifeln.

www.gez-boycott.de

www.facebook.com/GEZ.Boycott

Wir fordern:

- ✓ Die Abschaffung der Zwangsgebühren für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seiner jetzigen und der geplanten Form.
- ✓ Ein bundesweit kostenlos empfangbares Fernseh- und Radioprogramm für die Übermittlung von Nachrichten, Information und Koordinierung im Katastrophenfall.
- ✓ Alle anderen Fernseh- und Radioprogramme müssen sich entweder durch Verschlüsselung, Werbung oder eine Mischung von beiden finanzieren.
- ✓ Die Abschaffung der Gebühreneinzugszentrale.

Damit kann im Ernstfall die Bevölkerung schnell und optimal informiert werden und jeder sein Fernseh- und Radioprogramm nach seinem eigenen Ermessen frei zusammenstellen.

Wir möchten nur für die Leistung bezahlen, die wir auch bestellt haben!